

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Walter Momper zum Beginn einer neuen Epoche der Kooperation: Großartige Perspektiven für Berlin.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL zur Forderung „Reforger 90“ sofort zu stoppen: Großmanöver passen nicht mehr in die politische Landschaft.

Seite 3

Heinz Menzel MdB zu unserem Beitrag zur Stromversorgung des Nachbarlandes: Frankreich und die deutsche Steinkohle.

Seite 4

Rezension

Hermann Langbein stellt das Buch „Der dunkle Schatten - Leben mit Auschwitz“ vor.

Seite 5

Dokumentation

Die bayerischen SPD-Abgeordneten im Bundestag, Landtag und Europaparlament haben sich auf ihrer Klausur in Irsee intensiv mit Fragen der Deutschlandpolitik beschäftigt und eine Entschließung verabschiedet.

Seite 6

45. Jahrgang / 8

11. Januar 1990

Großartige Perspektiven für Berlin

Zum Beginn einer neuen Epoche der Kooperation

Von Walter Momper
Regierender Bürgermeister von Berlin

In Berlin hat eine neue Epoche der Kooperation und des Miteinanders begonnen. Wir spüren hier deutlich, daß die Nachkriegszeit zu Ende ist. In Europa wird ein neues Kapitel Freiheitsgeschichte geschrieben. Die Aufgabe der Politik ist es jetzt, pragmatisch mit der neuen Situation umzugehen und das Zusammenleben der beiden Teile unserer Stadt und der beiden deutschen Staaten zu organisieren. Wir müssen jetzt umdenken und für den Großraum Berlin mit fünf Millionen Einwohnern planen und nicht nur für die zwei Millionen Einwohner in unserem Teil der Stadt allein.

Wir flechten ein Netzwerk von Beziehungen zu unserem Umland; Durch die Mauer getrennte Straßen, von der Grenze zerschnittene Brücken, abgeschnittene Plätze werden wieder zusammengefügt. Auf wichtigen Feldern der Stadtpolitik kooperieren wir mit Ost-Berlin, im Gesundheitswesen, beim Umweltschutz, in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft. Auch für Olympische Spiele in beiden Teilen Berlins im Jahre 2004 oder im Jahr 2000 stehen die Zeichen günstig. Olympische Spiele in Berlin können deutlich machen, daß von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen wird.

Damit wieder zusammenwächst, was zusammengehört, streben wir zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie zwischen den beiden Teilen Berlins eine Vertragsgemeinschaft an. Diesen Prozeß des Zusammenwachsens wollen wir mit Bedacht und Sorgfalt betreiben, auch mit Rücksicht auf die historisch begründeten Ängste unserer Nachbarn im Osten und im Westen. Wir wollen mit allen Völkern in Europa das gemeinsame euro-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemmler Druckerei
10000 Berlin
Rostock-Papier



päische Haus bauen: ohne trennende Grenzen, ohne Nationalismus, ohne kulturelle Dünkel und ohne eine ökonomische Vormachtstellung. Das ist unsere konkrete Utopie.

Die Menschen in der DDR und in den Ländern Osteuropas haben das Joch des bürokratischen Sozialismus abgeschüttelt. Freiheit und Demokratie wurden auf der Straße erkämpft, wie in den meisten anderen Ländern Osteuropas in einer unblutigen und gewaltlosen Revolte. Die großen Veränderungen in Osteuropa wären ohne Generalsekretär Gorbatschow's Politik der Umgestaltung nicht möglich geworden. Ich freue mich, daß auch die japanische Regierung die Politik der Perestrojka gutheißt. Die konsequente Abrüstungspolitik der beiden Großmächte hat die Rüstungsspirale gestoppt.

Hoffnungsvoll blicken wir in diesen Wochen nach Wien, wo die Gespräche über die Reduzierung der konventionellen Rüstung erfolversprechend laufen. Europa soll, nachdem von diesem Kontinent zwei Weltkriege ausgingen, ein Kontinent des Friedens werden. Damit soll auch für andere Regionen auf dieser Welt ein Friedenssignal gesetzt werden. Wir haben wirklich wichtigere Aufgaben auf Erden, als Waffen zu bauen oder die Rivalität zweier Gesellschaftssysteme fortzusetzen. Gemeinsam müssen wir das Überleben unserer Zivilisation sichern. Wir sind aufgerufen zu einem kreativen Wettbewerb um die Bewahrung unseres Planeten.

Für Berlin eröffnet sich eine großartige Perspektive: Die Stadt wird sich ihrer Position als politische Mitte Europas bewußt. Sie ist die Drehscheibe zwischen den Industrieländern des Westens und der Länder, die sich von den Fesseln einer gelenkten Planwirtschaft befreien. Hier finden die Experten aus Osteuropa das Know-How, um ihre neuen Wirtschaftssysteme aufzubauen; hier werden zukunftsweisende Wirtschaftskontakte angebahnt. Berlin ist eines der größten Zentren für Wirtschaft und Forschung in Europa, von hier gehen auch für die Entwicklung im Osten wertvolle Impulse aus.

Berlin hält für alle Gäste die Tür offen, ob sie aus Moskau, Tokio, New York oder Leipzig kommen. Die Stadt denkt kosmopolitisch. Das war und ist ihr Markenzeichen. Das beweist ihre Attraktivität für Unternehmer aus aller Welt, die damit auch die Chancen des europäischen Binnenmarktes einkalkulieren. Wir werden die Möglichkeit, aber auch die Pflicht haben, aus den Fehlern und Erfahrungen anderer Wachstumsregionen zu lernen: der ökologische Ansatz, die Dezentralisierung und das Prinzip der Vielfalt der Kulturen und Lebensstile werden unser politisches Denken wesentlich bestimmen.

(-/11.1.1990/rs/ks)

* * *

(Walter Momper äußerte diese Gedanken beim Empfang des japanischen Ministerpräsidenten Toshiki Kalfu am 9. Januar im Schöneberger Rathaus).

Großmanöver passen nicht mehr in die politische Landschaft

Zur Forderung „Reforger 90“ sofort zu stoppen

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Das Großmanöver „Reforger 90“, das mit Jahresbeginn in Süddeutschland angelaufen ist, soll gestoppt werden, bevor die großangelegten „Kriegsspiele“ in die besonders menschengefährdende und naturzerstörende Phase ab Mitte Januar 1990 gelangen. Diese Forderung hat die bayerische SPD-Landtagsfraktion in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Stoltenberg erhoben. Ministerpräsident Streibl wurde um Unterstützung dieser Forderung gebeten. Solche Großmanöver sind nicht nur gerade jetzt im Winter eine besondere Gefahr für die Menschen, für Natur und Landwirtschaft. Vor allem findet „Reforger 90“ angesichts der Demokratisierungsprozesse im Osten Europas zum denkbar falschesten Zeitpunkt statt. Der Eishauch dieser militärischen Muskelspiele bedroht das keimende Pflänzchen des Friedens und der Freundschaft über die Grenzen des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ hinweg.

„Reforger 90“ soll - programmgemäß - noch bis Ende Januar dauern. Bei diesem Großmanöver, unter dem fast der ganze süddeutsche Raum zu leiden hat, werden 65.000 Soldaten und 21.000 Fahrzeuge eingesetzt. Allein 17.000 Soldaten werden allein zu diesem Zweck aus den USA eingeflogen. Die „Kampfhandlungen“ reichen von Heilbronn und Singen bis nach Regensburg und Deggendorf. Schwerpunkt in der Zeit vom 15. bis zum 26. Januar 1990 wird der Raum Nördlingen sein, in dem fast die Hälfte der insgesamt eingesetzten Menschen und Geräts, nämlich 28.500 Soldaten, 9.700 Kraftfahrzeuge und 950 Panzer, zum Einsatz kommt - jene Region also, die ohnehin als Tieffluggebiet der „area 7“ unter unmenschlicher Dauerbelastung leidet.

Es gab bereits Proteste der örtlichen SPD unter Führung des Landtagsabgeordneten Johannes Straßer, der Tieffluggegner, der Naturschützer, des gesamten Stadtrats von Nördlingen (er verfaßte eine einstimmige Resolution gegen das Manöver) sowie zahlreicher anderer Gruppierungen. Mit dem Manöver wird schließlich eine stillschweigende Übereinkunft verletzt, nämlich gerade im Winter auf solche Manöver zu verzichten, weil darunter die Natur und die Fluren besonders stark leiden. Auch für die Soldaten und die Bewohner des Manövergebietes erhöhen sich die Gefahren, da zu Eis und Glätte und anderen widrigen Witterungsbedingungen zusätzliche Gefahrenmomente durch den weißen Tarnanstrich und die militärischen Fahrten bei Nacht kommen. Hinzu kommt gerade im „Hauptkampfgebiet“, dem Ries, die Gefährdung besonders wertvoller Naturgebiete.

Ausschlaggebend für die Forderung nach dem Abbruch des Manövers ist aber die Tatsache, daß die Notwendigkeit solcher Manöver durch die politische Entwicklung in Europa schlicht überholt ist: Mit einer solchen Übung liefert man denjenigen, die den Demokratisierungsprozeß im Osten verhindern wollen, nur zusätzliche Argumente. Die angenommenen Planspiele, die diesem Manöver zugrunde liegen, sind heute nur noch als unreal zu bezeichnen.

Das Manöver ist Anlaß, grundsätzlich eine mindestens einjährige Denkpause bei NATO und Bundeswehr zu fordern. Routine und Uraltplanungen sind keine Rechtfertigung für Naturzerstörung und Menschengefährdung. Wenn dieses Manöver bis zum Ende läuft, dann zeigt dies das Unvermögen der militärisch Verantwortlichen, traditionelle Denkschablonen zu verlassen und flexibel zu reagieren.

Das Geld, das mit der Manöver-Atempause gespart würde, könnte sehr viel sinnvoller eingesetzt werden. Wir denken hier beispielsweise an den Ausbau der Verkehrsverbindungen in die DDR und in die CSSR, vor allem an die Verbesserungen im Bahnbereich. Dies wäre ein wirksamer und echter Beitrag zur Völkerverständigung, nicht jene unsinnigen Muskelspiele, unter denen wir leiden und die die anderen mißverstehen können.

(-/11.1.1990/rs/ks)

Frankreich und die deutsche Steinkohle

Zu unserem Beitrag zur Stromversorgung des Nachbarlandes

Von Heinz Menzel MdB

Vom Stromexporteur ist Frankreich innerhalb kurzer Zeit zum Stromimporteur geworden. Ursache ist die Tatsache, daß ein Teil der Kernkraftwerke (Frankreich hängt in der Stromversorgung zu 70 Prozent von Kernkraft ab) infolge Niedrigwassers in den Flüssen und des sich daraus ergebenden Mangel an Kühlwasser abgeschaltet, und daß darüber hinaus andere Atommeiler wegen auftretender Schäden außer Betrieb gesetzt werden mußten.

Um den Zusammenbruch der Stromversorgung zu verhindern, nahmen die Franzosen stillgelegte Kohle- und Ölkraftwerke wieder in Betrieb, stoppten ihre Stromexporte und waren darüber hinaus zur Sicherung ihrer Versorgung auf Stromimporte angewiesen.

Für die Wiederinbetriebnahme ihrer Kohlekraftwerke bezogen sie innerhalb kurzer Zeit 300.000 t Kohle allein aus dem Saarland.

Der Produktionsverlust bei der Stromerzeugung infolge des Abschaltens ihrer Atommeiler lag schon Ende des Jahres bei 16 Milliarden kWh. Der materielle Verlust, der der Electricite de France (EdF) dadurch entstanden ist, wird auf 2,5 Milliarden F geschätzt.

Die deutsche Steinkohle hat auf zwei Wegen zur Aufrechterhaltung der Stromerzeugung in Frankreich beigetragen. Einmal, indem der deutsche Steinkohlenbergbau die französischen Kohlekraftwerke mit Kesselkohle belieferte und zum anderen, indem Strom aus deutschen Steinkohlenkraftwerken nach Frankreich geliefert wurde.

Denjenigen, die dem Stromimport aus Frankreich das Wort geredet haben, sollte diese Situation zu denken geben.

Die Verluste der EdF, die bisher schon hohe Milliardensummen erreichten, haben sich im letzten Jahr noch einmal gesteigert. Frage ist, da es sich bei der EdF um ein staatliches Unternehmen handelt, wer diese Verluste abdeckt.

(-/11.1.1990/rs/ks)

* * *

REZENSION

Leben mit Auschwitz

Bernd Steger / Günter Thiele: Der dunkle Schatten, Leben mit Auschwitz, Erinnerungen an Orli Reichert-Wald, SP-Verlag Norbert Schüren, Marburg 1989, 144 Seiten, DM 24,80.

Immer häufiger stellen sich Menschen, die das nationalsozialistische Regime nicht selbst erleben mußten, die Aufgabe, Probleme aus dieser gnadenlosen Zeit darzustellen; die Last des drückenden Erbes, das ihnen die Generation ihrer Väter aufgebürdet hat - ein erschreckend Gedankenloser sprach in diesem Zusammenhang von der „Gnade der späten Geburt“ -, hat sie offensichtlich dazu veranlaßt.

Zwei Deutsche - Bernd Steger und Günter Thiele - haben sich mit großem Ernst bemüht, die Biographie einer Deutschen zu rekonstruieren, die sowohl die extreme Inhumanität des Nationalsozialismus illustriert als auch die Tatsache, daß er zwar Menschen in Unzahl morden, das Menschliche aber nicht völlig zerstören konnte: Sie stellen in einem schmalen Band „Der dunkle Schatten - Leben mit Auschwitz“ Orli Reichert-Wald vor, die als Jungkommunistin 1936 in Trier verhaftet wurde und erst 1945 nach Gefängnishaft, Internierung in den Konzentrationslagern Ravensbrück, Auschwitz und nochmals Ravensbrück befreit wurde. Damals war sie 31 Jahre alt.

Für jeden, der im größten nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager existieren mußte - Orli war vom März 1942 bis zur Evakuierung im Jänner 1945 in Auschwitz -, bildet diese Epoche die einschneidendste seines Lebens. Orli Reichert wurde von der SS als Lagerälteste des Häftlings-Krankenhaus im Frauenlager Auschwitz / Birkenau eingesetzt. Nicht wenige sind unter der Last einer solchen Funktion schwach geworden. Mit Redacht hat die Lagerführung Häftlingsfunktionäre mit Privilegien zu korrumpieren und mit Befehlen zu einem verlängerten Arm ihres Terrorsystems zu machen versucht. Orli Reichert hat dem widerstanden. Die eindeutigste Bestätigung dafür ist die, daß sie - als sie ohne die Binde einer Lagerältesten nach der Evakuierung von Auschwitz in ein Außenlager von Ravensbrück überstellt worden war - von ihren Kameradinnen aus dem Krankenzimmer von Auschwitz mit Freude und Herzlichkeit begrüßt worden ist.

Die 2 3/4 Jahre von Auschwitz haben Orli menschlich so stark, gesundheitlich jedoch zum Wrack gemacht. Nie mehr konnte sie sich davon erholen. Thiele und Steger zeichnen den Lebensweg von Orli - die nun Eduard Wald kennenlernt und heiratet - nach: Krankenhaus, Sanatorium, Zusammenbrüche. Zusammen mit den gesundheitlichen Schäden die bittere Enttäuschung mit dem System in der DDR, ihr Bruch mit der Partei, für die sie all das Böse auf sich genommen hatte, die Erinnerung an die Vernichtungsmaschinerie von Auschwitz, der sie nie mehr entfliehen kann, all das hat Orli zerbrochen. Die herzlos-bürokratische Behandlung in der Bundesrepublik tat das ihre. 1962 konnte sie nicht weiter leben.

Daß die beiden Autoren das Schicksal von Orli Reichert-Wald sorgfältig, unpathetisch nachgezeichnet haben, ist ein Verdienst: Einzelschicksale zeigen bekanntlich eindringlicher als summarische Beschreibungen die mörderische Gewalt des nationalsozialistischen Systems.

Das Wertvollste dieser Publikation bilden aber anschließend an den Lebensbericht die zurückgelassenen Aufzeichnungen von Orli über Auschwitz. Man fühlt die Wunden, die ihr die Erlebnisse dort geschlagen haben, man versteht, wie ein so sensibler Mensch unter diesen zusammenbrechen mußte, man wird immer wieder von einem dichterischen Atem betroffen, der einen erahnen läßt, wie diese Frau das Unbeschreibliche hätte in Worte kleiden können, wenn ihre Kraft dazu gereicht hätte. Manche Überlebende sind bei dem Bemühen, Auschwitz anderen näherzubringen, zu dichterischer Größe gewachsen. Die Skizzen von Orli lassen bedauern, daß ihre Lebenskraft nicht reichte, ein Buch über Auschwitz zu schreiben, wie sie wollte.

Einige Zeilen nur als Probe:

„Ein Ungeheuer sperrte seinen Rachen auf und schlang und schlang, Frauen und Mädchen, Kinder, und je mehr es schlang, umso größer wurde seine Gier. Entsetzen hatte die Herzen der Frauen gepackt und preßte sie, preßte sie, bis nichts mehr blieb als Angst und der gemeine, kalte Trieb, sich selbst zu erhalten. - Ihr aber, die ihr wähnt, gut und menschlich zu sein: Urteilt nicht, erkennt, aber urteilt nicht.“

Hermann Langbein

(-/11.1.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION
=====

Demokratische Wahlen setzen Chancengleichheit voraus

Die bayerischen SPD-Abgeordneten im Bundestag, Landtag und Europaparlament haben sich auf ihrer Klausur in Irsee intensiv mit Fragen der Deutschlandpolitik beschäftigt. Nach einem regen Meinungsaustausch mit Vertretern der SPD und der Forumspartei aus der DDR wurde am 9. Januar folgende Entschließung verabschiedet:

1. Die DDR ist nach den großen Erfolgen der demokratischen Opposition im Spätherbst derzeit zum Nachzügler aller mittel- und osteuropäischen Demokratisierungsprozesse geworden. Wir sehen mit großer Besorgnis, wie die abgewirtschaftete SED nach einer anfänglichen Phase der Irritation und Besinnung jetzt wieder alle nach wie vor in ihrer Hand befindlichen Machtmittel des Staates einsetzt, um ihre Herrschaft zu zementieren und die demokratische Opposition im Wahlkampf massiv zu benachteiligen. Ein Wahlergebnis, das unter solch undemokratischen Umständen zustande kommt, wäre für uns Sozialdemokraten nicht akzeptabel.

Chancengleichheit im Wahlkampf ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein demokratisches Wahlergebnis, das allein die künftige Regierung der DDR legitimieren kann. Wir fordern deshalb das Übergangsregime in der DDR auf, für den Wahlkampf unverzüglich

- den Oppositionsparteien Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit diese hinsichtlich Personal und Material einen annähernd chancengleichen Wahlkampf wie die SED führen können,
- der Opposition gleichberechtigten Zugang zu den DDR-Medien zu gewähren,
- ihr ausreichende Druckkapazitäten bereitzustellen,
- der SPD unverzüglich das durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD entzogene Parteivermögen zurückzuerstatten.

2. Der „Runde Tisch“ darf nicht länger auf eine rein beratende Funktion beschränkt bleiben. Angesichts der fehlenden demokratischen Legitimation des Übergangsregimes Modrow muß dem „Runden Tisch“ künftig eine echte Entscheidungs- und Gestaltungsbefugnis eingeräumt werden einschließlich eines Vetorechts bei Regierungsentscheidungen.
3. Von bundesdeutscher Seite ist dafür zu sorgen, daß bei allen Gesprächen, Treffen und Verhandlungen mit kommunalen und staatlichen Repräsentanten der DDR stets auch Vertreter der demokratischen Opposition gleichberechtigt zugezogen werden.
4. Es ist eindeutig, daß bei allen Oppositionsparteien die in der Bundesrepublik geführte Diskussion über die Westgrenze Polens auf völliges Unverständnis stößt. Niemand in der DDR stellt diese Grenze in Frage.

Die Landesgruppe der bayerischen SPD-Abgeordneten fordert deshalb die Bundesregierung auf, einen endgültigen Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete östlich der Oder-Neisse-Grenze auszusprechen und ihn im KSZE-Prozeß völkerrechtlich wirksam zu machen. Die zweideutige Haltung der Bundesregierung in dieser Frage belastet nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen, sondern schafft auch Mißtrauen und Unsicherheit bei anderen europäischen Nachbarn und bei den Verbündeten.

Um den Einigungsprozeß zu fördern, müssen bereits vor einem Friedensvertrag verbindliche Erklärungen abgegeben werden.

(-/11.1.1990/rs/ks)

* * *